



TranState Working Papers

KLEINSTAATEN IN WELTMÄRKTEN
DREI ERGÄNZUNGEN
DER KATZENSTEIN-THESE

Klaus Armingeon

No. 47

Universität Bremen • University of Bremen
Internationale Universität Bremen (IUB) • International University Bremen (IUB)

Staatlichkeit im Wandel • Transformations of the State
Sonderforschungsbereich 597 • Collaborative Research Center 597

Klaus Armingeon

***Kleinststaaten in Weltmärkten
Drei Ergänzungen der Katzenstein-These***

TranState Working Papers

No. 47

Sfb597 „Staatlichkeit im Wandel“ – „Transformations of the State“

Bremen, 2006

[ISSN 1861-1176]

Klaus Armingeon

Kleinstaaen in Weltmärkten. Drei Ergänzungen der Katzenstein-These

(TranState Working Papers, 47)

Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, 2006

ISSN 1861-1176

Universität Bremen

Sonderforschungsbereich 597 / Collaborative Research Center 597

Staatlichkeit im Wandel / Transformations of the State

Postfach 33 04 40

D - 28334 Bremen

Tel.:+ 49 421 218-8720

Fax:+ 49 421 218-8721

Homepage: <http://www.staatlichkeit.uni-bremen.de>

ZUSAMMENFASSUNG

Kleine Länder sind außenwirtschaftlich verwundbarer als große Länder und deshalb sind sie zur flexiblen Anpassung an weltwirtschaftliche Entwicklungen gezwungen. Dies setzt voraus, dass sie innenpolitisch diese Anpassungsprozesse realisieren können. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist die Sozialpartnerschaft. Damit ist ein System der innenpolitischen Kompensation für die potenziellen Verlierer der Weltmarktöffnung verbunden. Dies ist der Kern der These, die Peter Katzenstein in seinem bahnbrechenden Werk über ‚Kleine Staaten in Weltmärkten‘ für sieben Länder und den Zeitraum bis Anfang der 1980er Jahre entwickelt hat. In diesem Beitrag zeige ich, dass diese These auch auf die Gegenwart und auf einen größeren Kreis demokratischer Kleinstaaten zutrifft. Freilich müssen drei Ergänzungen gemacht werden: Erstens entwickelt nur ein Teil der kleinen Länder eine wirtschaftlich wirksame Sozialpartnerschaft. Zum zweiten variieren nicht nur die Typen der kleinstaatlichen Korporatismen, sondern auch die Kompensationen viel stärker, als dies Katzensteins Werk nahe legt. Und zum dritten sind heute große wie kleine Staaten außenwirtschaftlich sehr verwundbar; aber die Voraussetzungen für die Einführung oder Beibehaltung einer wirksamen Sozialpartnerschaft sind bedroht.

INHALT

1	EINLEITUNG.....	5
2	VORAUSSETZUNGEN DES KLEINSTAATENEFFEKTS	7
3	INNENPOLITISCHE KOMPENSATION	13
4	GEGENLÄUFIGE ENTWICKLUNGEN	21
5	SCHLUSS.....	28
6	LITERATUR	29
	BIOGRAPHISCHE ANMERKUNG.....	32

Kleinstaaten in Weltmärkten. Drei Ergänzungen der Katzenstein-These*

1 EINLEITUNG

Die Kleinstaaten in der Gruppe der etablierten Demokratien scheinen wirtschaftlich mindestens ebenso erfolgreich zu sein wie große Länder. So gehen die sieben Spitzenplätze der Liste der OECD-Länder mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (2004, in Kaufpreispäritäten) an sechs Kleinstaaten (Luxemburg, Norwegen, Irland, Schweiz, Island, Österreich) und die USA. Dieser Erfolg erstaunt, weil Kleinstaaten den Unwägbarkeiten des Weltmarktes viel stärker ausgesetzt sind als große Länder, da sie über keinen großen Binnenmarkt verfügen, den sie politisch kontrollieren können. Roland Czada hat dafür das eindrückliche Bild des Nusschalen- und Mokkatasseneffekts gefunden. Kleine Länder schwimmen wie Nusschalen auf den Wellen des Meeres, das sie kaum beeinflussen können. Da sie ihre Industriestruktur auf bestimmte Exportartikel ausrichten, haben Entwicklungen auf den jeweiligen Weltmärkten einen vielfach verstärkten Einfluss auf das nationale Wirtschaftsergebnis; so wie eine leichte Erschütterung einer vollen Mokkatasse den Inhalt mächtig überschwappen lässt (Czada 1988: 187). Dennoch schlagen sich kleine Länder im Vergleich mit großen Ländern wirtschaftlich gut bis sehr gut. Wie kommt dieser Vorteil der kleinen Nationen zustande und unter welchen Bedingungen können sie ihn realisieren? Dies ist die Leitfrage dieser Studie.

Einen theoretisch und empirisch überzeugenden Beleg des Kleinstaatenvorteils in internationalen Märkten hat Peter Katzenstein vorgelegt (Katzenstein 1985). Sein Argument lautet im Kern folgendermaßen: In kleinen Ländern sind sich die Eliten über die außenwirtschaftliche Verletzlichkeit ihrer Volkswirtschaft im Klaren. Da sie nicht die Option einer protektionistischen Politik haben und innenpolitische Blockaden und Verteilungskonflikte dramatische wirtschaftliche Folgen in einer offenen Ökonomie haben würden, entwickeln sie eine Ideologie der Sozialpartnerschaft. Diese bildet den Kern eines Korporatismus, der sich zudem noch durch ein konzentriertes oder zentralisiertes Verbandswesen und eine fortgesetzte Praxis der friedlichen Kooperation der wichtigsten ökonomischen und politischen Gruppen auszeichnet. Der Korporatismus ermögliche die schnelle und flexible Anpassung an neue weltwirtschaftliche Herausforderungen. Jene Bevölkerungsgruppen, die durch die offensive Weltmarktöffnung leiden könnten, würden kompensiert. Dies geschehe entweder über den Staat – beispielsweise über die Sozialpolitik – oder über private Akteure. Diese sozialfriedliche Form der Flexibilität der Wirtschafts- und Strukturpolitik sei in den 1930er Jahren entstanden. Damals sei durch die vorhergegangenen und drohenden Kriege und durch die Weltwirtschaftskrise die Verletzbarkeit der kleinen Länder so offensichtlich gewesen, dass Koalitionen über

* Dieser Aufsatz geht auf einen mündlichen Diskussionsbeitrag im Rahmen eines Seminars des Sfb 597 (Universität Bremen) im Mai 2005 zurück. Stephan Leibfried übte Druck auf mich aus, meine Argumente schriftlich zu fixieren und ein anonymer Gutachter half durch eine konstruktive Kritik einer ersten schriftlichen Version. Beiden Kollegen danke ich.

soziale Gruppen, Wirtschaftssektoren, Verbände und Parteien hinweg geschmiedet werden konnten, die auch noch in der Nachkriegszeit halten sollten.

Katzenstein hat dieses Argument auf der Basis von sieben ausgesuchten korporatistischen Kleinstaaten entwickelt. King, Keohane und Verba haben dies als eine Verletzung der eiserne methodischen Regel interpretiert, Untersuchungsfälle so auszuwählen, dass die Werte der abhängigen Variablen variieren und folglich Länder mit und ohne erfolgreichen Korporatismus verglichen werden (King, Keohane et al. 1995: 478). Katzensteins Argument beruht zum zweiten auf Beobachtungen, die zu Beginn der 1980er enden. Wie überzeugend ist es, wenn man es auf eine größere Gruppe von demokratischen Kleinstaaten und auf die Gegenwart anwendet? In diesem Beitrag möchte ich zeigen, dass diese These in dreifacher Hinsicht ergänzungsbedürftig ist: (1) Nur unter spezifischen Bedingungen entwickeln Kleinstaaten einen ökonomisch effektiven Korporatismus. (2) Nicht alle ökonomisch effektiven kleinstaatlichen Korporatismen weisen die innenpolitische Kompensation der potenziellen Verlierer der weltwirtschaftlichen Öffnung auf. (3) Grosse demokratische Staaten sind aufgrund der zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung in einer strukturell ähnlichen Situation wie die westeuropäischen Kleinstaaten der Zwischenkriegszeit. Dies bedeutet jedoch keine Konvergenz zum Korporatismus der 1970er oder 1980er Jahre, weil dessen Voraussetzungen in großen wie in kleinen Staaten aufgrund der weltwirtschaftlichen Verflechtung sowie der gesellschaftlichen Modernisierung geschwunden sind.

Mein Ausgangspunkt ist die Untersuchung von Katzenstein, der sieben kleinen Länder – Belgien, Niederlande, Schweiz, Österreich, Schweden, Norwegen, Dänemark – analysierte. Um mein Argument der Kontextbedingtheit des Kleinstaateneffekts zu belegen, vergleiche ich zusätzlich Kleinstaaten in etablierten westlichen Demokratien. Kleinstaaten werden in diesem Beitrag als Nationen bis zu einer Einwohnerzahl von 20 Millionen Menschen im Jahr 2004 definiert. Damit werden noch Luxemburg, Malta, Zypern, Griechenland, Portugal, Irland, Neuseeland und – als Grenzfall – Australien in die Analyse einbezogen. Katzenstein hat noch auf die jungen mittelosteuropäischen Demokratien hingewiesen. Auch hier zeige sich ein Kleinstaateneffekt. In diesen Demokratien entwickle sich eine Form des Korporatismus, der die Länder befähigen könne, den Übergang zu Kapitalismus und Demokratie gut zu bewältigen. Es zeige sich eine Analogie zu den Kleinstaaten Westeuropas in den 1930er und 1940er Jahren, die ebenfalls durch Verhandeln und Kooperation auf Krisen reagiert hätten (Katzenstein 2003: 21-22). Ich beziehe deshalb auch noch die kleinen ostmitteleuropäischen EU-Staaten -- also die baltischen Staaten, die tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn und Slowenien -- in den Vergleich mit ein. Die Kontrastgruppe bilden die großen und etablierten Demokratien: die USA, Kanada, Japan, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Spanien.

Die große Fallzahl zwingt mich, einfache quantitative Indikatoren zu benutzen. Die Werte stammen aus den ersten Jahren nach der Jahrtausendwende.

Ich gehe in drei Schritten vor. Im nächsten Abschnitt wird gezeigt, dass Kleinstaaten fünf unterschiedliche Pfade der Entwicklung der Systeme der Interessenvermittlung beschritten haben: Die zwei Muster in Nord- und Kontinentaleuropa, die Katzenstein für sieben Länder beschrieben hat und die auch die Entwicklung in Luxemburg, Portugal und Slowenien erfassen. Hinzu kommt noch das Muster des Korporatismus in liberalen Ländern, wie in Australien, Irland und Zypern. Das vierte Muster ist der ökonomisch irrelevante Korporatismus, der in Mitteleuropa zur legitimatorischen Absicherung des Systemwechsels dient. Ein fünfter Weg führte schließlich drei Kleinstaaten trotz Globalisierung und Verletzbarkeit nicht in den Korporatismus. Dies sind die Fälle Griechenlands, Maltas und Neuseelands.

Im dritten Abschnitt wird gefragt, ob diese Korporatismen mit innenpolitischen Kompensationen verbunden sind. Nur in den nord- und kontinentaleuropäischen Ländern ist dies der Fall. In den Korporatismen in liberalen Kleinstaaten beschränkt sich die Kompensation auf den Arbeitsmarkt.

Im vierten Abschnitt wird gezeigt, dass heute große Länder in einer ähnlichen Lage sind wie kleine Länder in der Zwischenkriegszeit. ‚Large states are growing smaller‘ (Katzenstein 2003: 27). Aber dennoch entwickelt sich dort kein Korporatismus, wie 70 Jahre zuvor in den westeuropäischen Kleinstaaten, weil hierfür kaum die sozio-politischen noch die ökonomischen Voraussetzungen gegeben sind – und dies gilt für Klein- wie für Großstaaten gleichermaßen.

2 VORAUSSETZUNGEN DES KLEINSTAATENEFFEKTS

Kleinstaaten seien ökonomisch erfolgreich und politisch stabil, weil die Eliten Kooperation der Konfrontation vorziehen und eine Konfrontationsstrategie aufgrund der Weltmarktabhängigkeit größere Nachteile nach sich ziehen würde als in großen Ländern. Im Rahmen dieser kooperativen Strategien würden potenzielle Verlierer der Weltmarktöffnung und der flexiblen Anpassung kompensiert. Diese Kompensation ist mit ökonomischem Erfolg vereinbar und sie trägt zur politischen Stabilität bei. Dies ist der Kern der These von Katzenstein. Hierfür liefert er für drei skandinavische und vier kontinentaleuropäische Kleinstaaten überzeugende empirische Evidenz für einen Zeitraum, der weit in die Geschichte der Länder zurückreicht und in den frühen 1980er Jahren endet. Obwohl es seither Veränderungen und Herausforderungen der kooperativen Haltung der Verbände in diesen Staaten gegeben hat – besonders in Schweden und in Österreich – gibt es keine Hinweise, dass die sozialpartnerschaftliche Orientierung in irgendeinem dieser Länder vollständig durch eine konfliktuelle Haltung ersetzt wurde, so wie sie in den USA oder im Vereinigten Königreich verbreitet ist.

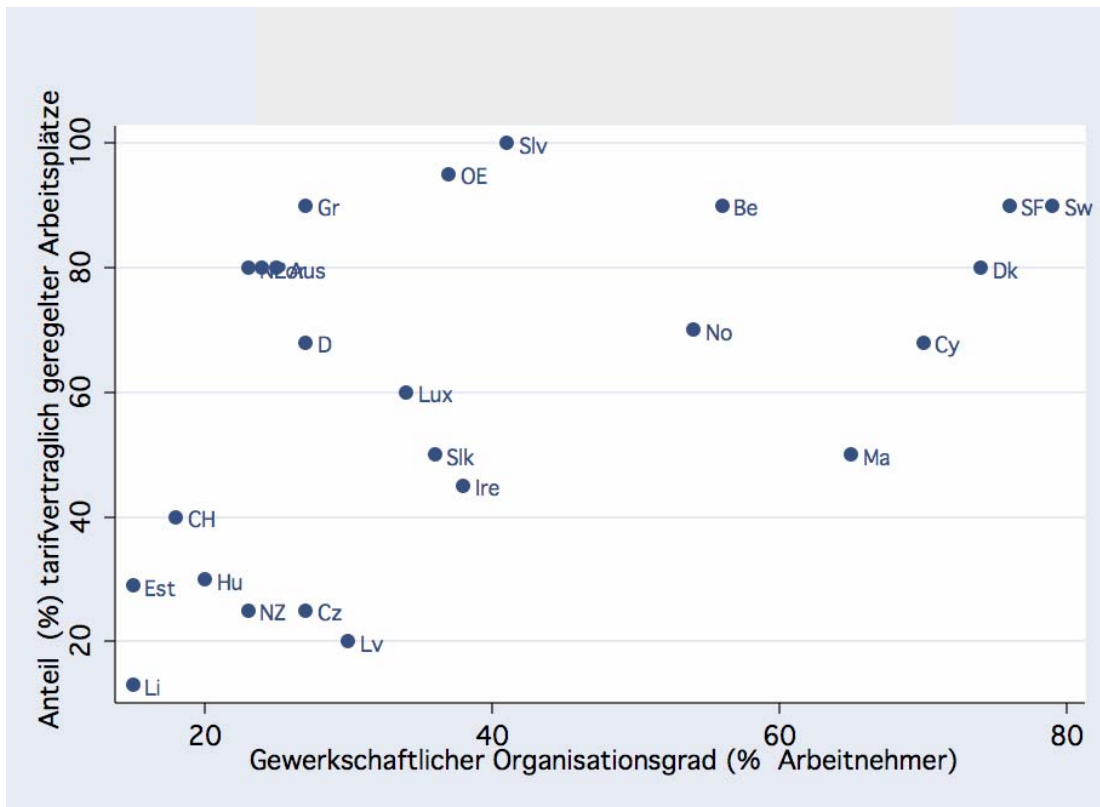
Neigen aber alle Kleinstaaten zu einem korporatistischen System der Interessenvermittlung und liegen damit die institutionellen Voraussetzung für den Kleinstaateneffekt vor? Bei der Auswertung der Literatur zu den Systemen der Interessenvermittlung in Kleinstaaten in der Gegenwart benutze ich Kriterien, die sich eng an Katzensteins konzeptionellen Überlegungen anschließen.

Das erste Kriterium ist die sozialpartnerschaftliche Ideologie der kollektiven Akteure und die Existenz von Institutionen, in denen sich diese Sozialpartnerschaft abspielen kann. Ohne grundsätzlichen gegenseitigen Respekt und ohne echte Kooperationsbereitschaft von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Staat kann es keinen Korporatismus geben. Nicht jeder dieser Korporatismen ist jedoch auch ökonomisch wirksam. Dazu bedarf es mindestens einer intern koordinationsfähigen Gewerkschaftsbewegung, die einen großen Teil der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge oder funktional gleichwertige Mittel regeln kann. Dies ist das zweite Kriterium. Fehlt diese Voraussetzung, dann kann der Korporatismus nicht die ökonomischen Anpassungsleistungen erbringen, zu denen kleine Länder besser geeignet sein sollen als große. Die sozio-politischen Bedingungen, unter denen sich dieser effektive Korporatismus entfaltet oder unter denen er institutionalisiert wurde, variieren beträchtlich. Das zentrale Kriterium für den skandinavischen Korporatismus waren organisatorisch mächtige Gewerkschaften und eine stimmenstarke Sozialdemokratie, die einem schwachen und fragmentierten bürgerlichen Lager gegenüber standen. In Kontinentaleuropa war (mit der möglichen Ausnahme Österreichs) diese Bedingung nicht gegeben. Dennoch kam es zu einem funktionierenden Tripartismus. Von zentraler Bedeutung war hierbei, dass der Staat bereit war, sowohl in die Arbeitsbeziehungen wie auch in die Einkommensverteilung zu intervenieren. Aber auch in Fällen, in denen der Staat nicht ausgeprägt interventionswillig war, konnte Korporatismus entstehen. Dabei fehlte jedoch eine innenpolitische Kompensation in Form von generösen Sozialpolitiken. Dies ist das Beispiel Irlands oder Australiens. Legt man diese Kriterien in einem Entscheidungsbaum an, so lassen sich diese fünf unterschiedlichen Typen der Systeme der Interessenvermittlung unterscheiden und die Länder diesen Typen zuordnen.

Das erste Kriterium – Ideologie und Institutionen der Sozialpartnerschaft – trennt drei pluralistisch-konfliktuelle Kleinstaaten von den korporatistischen Kleinstaaten. Ebenso wie Australien schützte sich Neuseeland durch Protektionismus bis in die 1980er Jahre hinein vor dem Weltmarkt. Aber während Australien den Weg der Öffnung bei gleichzeitiger Inklusion der Gewerkschaften in ein korporatistisches System beschritt, kopierte die neuseeländische Regierung die britische Strategie der außenwirtschaftlichen und innenpolitischen Liberalisierung (Castles 1989; Bray und Neilson 1996; Schwartz 2000). In Griechenland entwickelte sich nach der Demokratisierung ebenso wenig der Korporatismus (Lavdas 2005) wie er auch nicht auf Malta Fuß fassen konnte. Sowohl in Griechenland wie in Malta entsprechen die Arbeitsbeziehungen eher dem klientelistischen Muster, wobei sie mit einem bipolar strukturierten Parteiensystem verknüpft sind (Bestler 2001: 281-283; Lavdas 2001; Lavdas 2005).

Innerhalb der Gruppe der korporatistischen Kleinstaaten trennt das Kriterium der ökonomischen Wirksamkeit die meisten mittelosteuropäischen Länder vom Rest der Gruppe (siehe Abbildung 1; der Punktehaufen beim Deckungsgrad von 80 % und einem Organisationsgrad von 23 bis 25% repräsentiert die Fälle Australiens, der Niederlande und Portugals).

Abbildung 1: Organisationsgrad und Tarifverträge (um 2000)



Quellen: OECD 2004: 145

Dies trifft jedoch nicht auf Slowenien zu. Die Slowakei könnte ein Grenzfall darstellen. Freilich wird in der Literatur über erhebliche Umsetzungsprobleme der Tarifverträge in der slowakischen Republik berichtet (Kohl und Platzer 2004:161). Es ist deshalb angemessen, auch bei den slowakischen Arbeitsbeziehungen davon auszugehen, dass den Gewerkschaften keine bedeutsame Rolle für die Bestimmung der Arbeitsverhältnisse zukommt. Der in allen neuen mittelosteuropäischen EU-Mitgliedsländern institutionalisierte Tripartismus (Kohl und Platzer 2004: 228; Avdagic 2005; Hassel 2005; Mansfeldova und Rakusanova 2006) hat aus diesem Grund kaum ökonomische Funktionen im Sinne Koordinierung der Tarifpolitiken der Verbände (Ost 2000). Freilich half er, den Systemwechsel abzusichern, indem Legitimation für die Transitionspolitiken geschaffen werden sollte und indem die Gewerkschaften in den Wandlungsprozess eingebunden werden sollten. Dies konnte auch dazu beitragen, dass die Gewerkschaften nicht versuchten, ihre Mitglieder gegen den Übergang zu Kapitalismus und Demokratie zu mobilisieren (Iankova 1998; Katzenstein 2003: 22).

Das dritte Kriterium zur Unterscheidung von Systemen der Interessenvermittlung im Zusammenhang dieses Beitrags ist eine starke Gewerkschaftsbewegung und politische Linke. Dieses Kriterium trennt die nordeuropäischen Länder vom Rest der Gruppe. Katzenstein hat für diese Ländergruppe den Begriff des ‚social corporatism‘ benutzt¹. Zu dieser Gruppe gehö-

¹ In diese Gruppe schloss er noch Österreich ein und Schweden behandelte er als einen Grenzfall. Österreich rechne ich jedoch zur kontinentaleuropäischen Gruppe, weil nach der Jahrtausendwende die Gewerkschaften erheblich weniger or-

ren neben den von Katzenstein untersuchten drei skandinavischen Ländern² noch Island und Finnland. In Island herrscht eine ausgeprägte Sozialpartnerschaft obwohl häufig offene Konflikte mit Streiks ausgetragen werden. Im Gegensatz zu den anderen skandinavischen Ländern sind die Gewerkschaften wenig zentralisiert und politische Parteien und das Parlament spielen nur eine ratifizierende Rolle für die Sozialpartnerabkommen. Allerdings rechtfertigt die organisatorische Macht der Gewerkschaften – ca. 85% der Arbeitnehmer sind organisiert (Icelandic Federation of Labour 2006; Eythorsson und Jahn 2003: 180) – die Zuordnung zu dieser Gruppe, in der sich alle Länder durch weit überdurchschnittliche Organisationsgrade auszeichnen. Auch Finnland gehört zu dieser Gruppe. Allerdings datiert der finnische Korporatismus erst aus den 1960er Jahren. Seine Genese entspricht jedoch genau der Kleinstaatenthese: Die friedliche Koexistenz mit der Sowjetunion erforderte die Überbrückung innenpolitischer Spaltungen (Auffermann 2003: 212) und die Abwertung der finnischen Markka zwang zur lohnpolitischen Koordination (Armingeon 1983: 71, 290; OECD 1979: 19).

Das kontinentaleuropäische Muster der Koordination unterscheidet sich vom nordeuropäischen durch eine schwächere Position der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien. Im Gegensatz zu einem liberalen Korporatismus unterstützt die staatliche Politik das Tarifverhandlungssystem und deren Akteure nachdrücklich. Katzenstein hat Belgien, die Niederlande, die Schweiz und Österreich als kontinentaleuropäische Kleinstaaten mit starker sozialpartnerschaftlichen Ideologie und entsprechenden Institutionen beschrieben. Daran ist prinzipiell trotz den offensichtlichen Krisen der österreichischen Sozialpartnerschaft keine Korrektur vorzunehmen (Talos 2005). Drei weitere Länder erfüllen die Kriterien für den kontinentaleuropäischen Korporatismus (ausgeprägte Sozialpartnerschaft, wirtschaftliche Relevanz, relativ schwache Linke, massive Staatsintervention zugunsten eines funktionierenden Systems der Tarifverhandlungen): Luxemburg, Portugal und Slowenien. Die slowenischen Arbeitsbeziehungen unterscheiden sich von allen anderen ostmitteleuropäischen Staaten durch große Mitgliederzahlen sowie einer nahezu vollständigen Deckung sämtlicher Arbeitsverhältnisse durch Tarifverträge. Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen sind sozialpartnerschaftlich eingestellt und die Absprachen im Rahmen tripartistischer Gremien sind damit wirtschaftlich unmittelbar relevant (Luksic 2004: 663). In Portugal entwickelte sich ein funktionsfähiger und stabiler Korporatismus nach der Transition zur Demokratie und im Zuge der Integration in die EG/EU (Royo 2002). Auch Luxemburg weist alle Merkmale einer korporatistischen Interessenvermittlung auf (Schroen 2001; Schroen 2003: 432-435).

organisatorische Macht – gemessen in Mitgliedern – haben als in den 1970er Jahren, auf die sich Katzensteins Typologie bezieht.

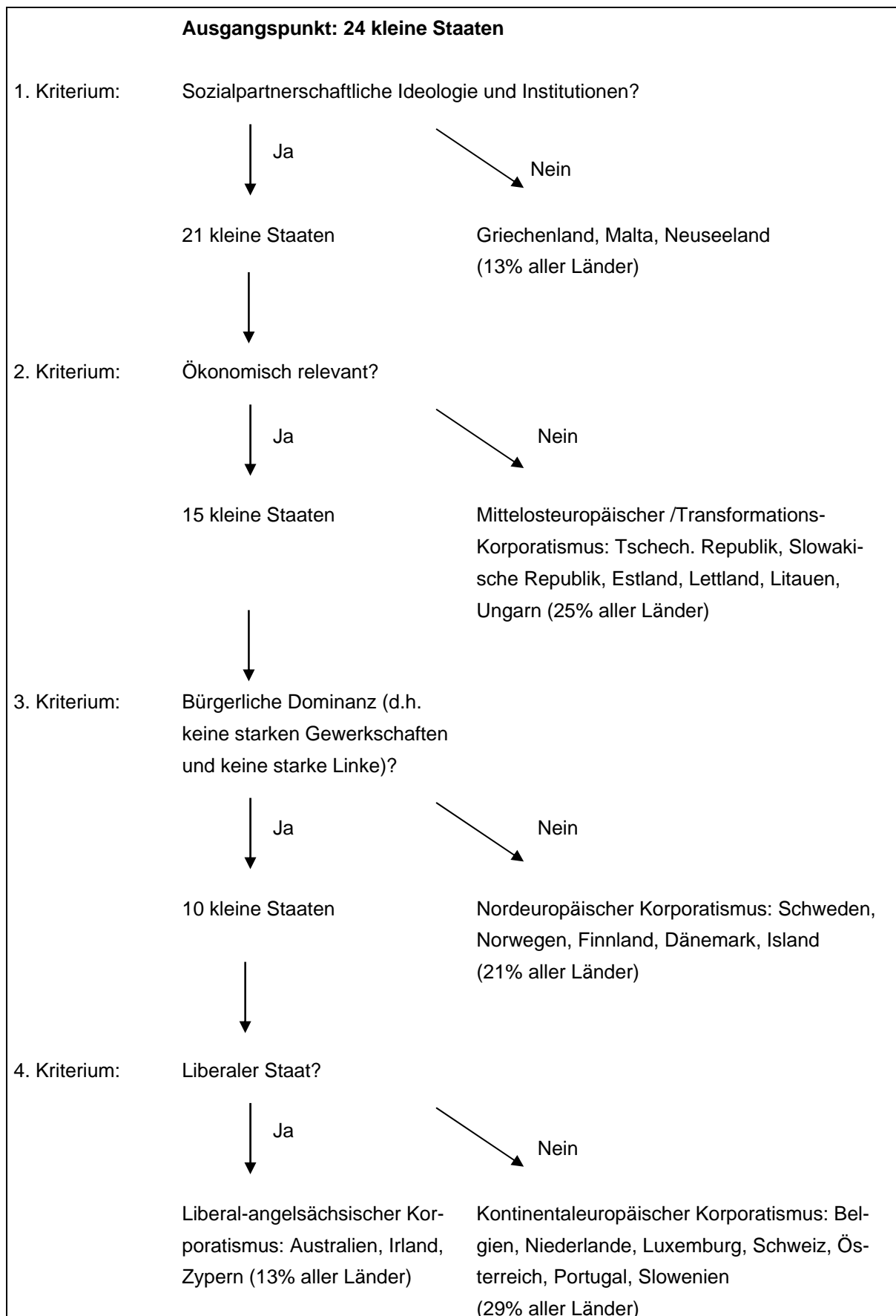
² Geht man vom gewerkschaftlichen Organisationsgrad aus, ist Norwegen im Vergleich zu Belgien ein Grenzfall. Zieht man als weiteres Kriterium die Stärke der Vertretung linker Parteien in der Regierung (seit 1980) sowie die politische Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung hinzu, lässt sich die Zuteilung Norwegens zum nord- und Belgiens zum kontinentaleuropäischen Korporatismus rechtfertigen.

Der kontinentaleuropäische Korporatismus wurde von Katzenstein als ‚liberal‘ bezeichnet, weil die Arbeitgeberseite und die bürgerlichen Parteien mehr Macht besitzen und stärker auf internationale Märkte orientiert waren. Zudem entsprach die innenpolitische Kompensation weniger einem sozialdemokratischen Muster der staatlich vermittelten Entschädigung der Öffnungsoffer. An der Jahrtausendwende sind alle wirtschaftlich hoch entwickelten Demokratien in dem Sinne liberal geworden, dass sie eine weltwirtschaftliche Öffnung unterstützen. Aber sie unterscheiden sich in Bezug auf ihre Kompensationspolitik. In Nord- und Kontinentaleuropa kommt der staatlichen Sozialpolitik eine bedeutsame Rolle bei der Sicherung des Lebensstandards der Bevölkerung zu. Sie sind in diesem Sinne nicht liberal. Dagegen hat eine Reihe von kleinen Ländern wirtschaftlich relevante Sozialpartnerschaft eingeführt, ohne gleichzeitig die Kompensation über den Wohlfahrtsstaat zu organisieren. Dies trifft auf drei kleine Länder zu, deren wettbewerbsdemokratisches politisches System und deren liberaler Wohlfahrtsstaat (Esping-Andersen 1990) durch Großbritannien geprägt sind und deshalb ‚liberal-angelsächsische‘ Korporatismen genannt werden könnten: Australien, Irland und Zypern. Der Korporatismus dieser Länder ist neueren Datums. Er entstand in den 1970er und 1980er Jahren. Eine mächtige Triebfeder dieser Entwicklung in Australien und Irland waren die weltwirtschaftliche Öffnung dieser Ökonomien (Hardiman 2002; Bray und Neilson 1996; Schwartz 2000; Zervakis 2004: 924-925).

Korporatismus ist also keine uniforme institutionelle Reaktion auf weltwirtschaftliche Abhängigkeit in Kleinstaaten: Es gibt mindestens vier Typen von kleinstaatlichem Korporatismus und nicht alle Kleinstaaten reagieren mit Sozialpartnerschaft auf wirtschaftliche Verletzbarkeit. Abbildung 2 fasst nochmals die verschiedenen Typen und die Unterscheidungskriterien zusammen. Nur die Hälfte der Kleinstaaten weisen jene nord- und kontinentaleuropäische Reaktionsmuster auf außenwirtschaftliche Verletzbarkeit auf, die in ‚Small States in World Markets‘ identifiziert wurden. Dies ist eine erste, wichtige Ergänzung der Katzenstein-These, die korporatistische Reaktion als nahezu unausweichlich erscheinen lässt und die nur zwei Korporatismustypen unterscheidet.

Der Vollständigkeit halber muss hinzugefügt werden, dass nicht nur Kleinstaaten vor der Entscheidung zwischen Korporatismus und Pluralismus standen. In einigen großen Ländern votierten die Eliten für die Kooperation, auch wenn vielleicht die Anreize aufgrund der außenwirtschaftlichen Verletzbarkeit nicht so hoch waren wie in den kleinen Staaten. Legt man das Kriterium sozialpartnerschaftlicher Ideologie und Institutionen an, wären Spanien, Italien und Deutschland grundsätzlich als sozialpartnerschaftlich zu klassifizieren. Freilich fehlt es nicht an Belegen für eine stark defizitäre Umsetzung dieser Kooperation in den letzten zehn bis 20 Jahren in diesen Nationen (Streeck und Hassel 2004; Royo 2002: 45-87; Hassel 2003). Sozialpartnerschaft in Japan bezieht sich nicht auf die überbetrieblichen Gewerkschaften, so dass dieses Land bestenfalls als ‚Corporatism without labor‘ zu kategorisieren wäre (Pempel und Tsunekawa 1979). Hingegen ist die sozialpartnerschaftliche Ideologie in den USA, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Kanada wenig verbreitet. Von den untersuchten

Abbildung 2: Übersicht über die Zuordnung von Kleinstaaten zu Typen des Korporatismus



großen Ländern haben also weniger als die Hälfte ein korporatistisches System ausgebildet – und dies ist deutlich weniger, als in der Gruppe der kleinen Länder, in der nur jedes achte Land ein pluralistisch-konfliktuelles System der Interessenvermittlung aufweist. Diese Differenz ist eine wichtige Bestätigung des Kerns der Katzenstein-These, kleine Länder hätten eine stärkere Neigung zum Korporatismus als große Nationen.

3 INNENPOLITISCHE KOMPENSATION

Führt eine sozialpartnerschaftliche Beziehung zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierungen in kleinen Staaten zur innenpolitischen Kompensation? Wird also im Rahmen der Elitenkooperation dafür gesorgt, dass die Opfer der weltwirtschaftlichen Öffnung geschützt oder entschädigt werden? Kompensation kann dabei auf unterschiedliche Art und Weise erfolgen. Sowohl die vergleichenden Studien zur wohlfahrtsstaatlichen Politik in westlichen Demokratien (z.B. Esping-Andersen 1990; Kersbergen 1995; Huber und Stephens 2001) als auch Katzensteins eigen Analyse legen es nahe, dass diese Form der Kompensation variiert. Dabei sollten kulturelle, institutionelle und politische Variablen einen großen Teil dieser Unterschiede erklären können.

Freilich sollte es eine Mindestkompensation in jedem Typus des ökonomisch relevanten Korporatismus geben. Die Arbeitslosigkeit – und ganz besonders die Langzeitarbeitslosigkeit – sollte gering sein und liberalisierte Märkte sollten nicht mit großer sozialen Ungleichheit einhergehen. Dazu können eine Eindämmung der Einkommensunterschiede oder umfangreiche sozialstaatliche Transfers gehören. Ohne dieses Korrelat von Sozialpartnerschaft macht es für Gewerkschaften wenig Sinn, sich tripartistisch einbinden zu lassen. Wenn der Korporatismus zu einer aktiven Rolle der politischen Eliten bei der Bewältigung von Öffnungsfolgen führt, wäre auch zu erwarten, dass ein großer Teil des Sozialprodukts durch öffentliche Kassen fließt und damit neu verteilt wird.

Tabelle 1 enthält Angaben zu diesen Variablen nach Ländern und Ländergruppen. Diese Analyse beansprucht nicht, internationale Unterschiede innerhalb der Gruppen zu erklären; vielmehr geht es darum, ob sich jenseits dieser Variationen Effekte zeigen, die auf den kleinstaatlichen Korporatismus und seine verschiedenen Varianten zurückgeführt werden könnten. Die Arbeitsmarktdaten deuten tatsächlich auf einen Effekt des Korporatismus in Kleinstaaten hin. In jenen Kleinstaaten, in denen die Arbeitsmarktparteien tatsächlich die Arbeitsbedingungen regeln und in denen sie sozialpartnerschaftlich ausgerichtet sind, ist die Arbeitslosenquote und die Quote der Langzeitarbeitslosen niedriger als in den großen Ländern, den nicht-korporatistischen Kleinstaaten und den mittelosteuropäischen kleinen Ländern. Allerdings sind die Streuungen innerhalb der Ländergruppen beträchtlich und die Differenz der Langzeitarbeitslosenquote zwischen den Großstaaten und den kontinentaleuropäischen Kleinstaaten ist vernachlässigbar. Es erübrigt sich hier darauf hinzuweisen, dass diese Werte Kovariationen darstellen; die Arbeitsmarktkennziffern hängen noch von weitaus mehr Bestimmungsgründen ab, als nur vom kleinstaatlichen Korporatismus. Aber die Werte lassen sich zumindest

Tabelle 1: Innenpolitische Kompensation

	Arbeitslosenquote 1998-2003	Langzeitarbeitslosen- quote 2005	Staatseinnahmen 1998-2003 in % BIP	Sozialausgaben in % BIP, 1998-2001	Gini Koeffizient um 2000
<i>Großes Land</i>					
Kanada	7.5	0.7	42.5	17.7	0.30
Frankreich	9.9	3.9	50.4	28.7	0.29
Deutschland	8.1	5.0	45.7	27.3	0.26
Italien	10.3	3.9	45.6	24.1	0.33
Japan	4.9	1.5	29.8	15.7	.
Spanien	12.0	2.2	38.5	19.9	0.34
UK	5.5	1.0	40.4	21.6	0.35
USA	4.9	0.7	33.8	14.4	0.32
Mittelwert	7.9	2.4	40.8	21.2	0.31
Standardabweichung	2.7	1.7	6.7	5.2	0.03
<i>Liberal-angelsächsischer Korporatismus in einem kleinen Land</i>					
Australien	6.7	0.9	37.0	18.0	0.31
Irland	5.1	1.5	34.4	14.3	0.32
Zypern	4.1	1.2	35.5	.	.
Mittelwert	5.2	1.2	35.7	16.1	0.32
Standardabweichung	1.3	0.3	1.3	2.6	0.01

	Arbeitslosenquote 1998-2003	Langzeitarbeitslosen- quote 2005	Staatseinnahmen 1998-2003 in % BIP	Sozialausgaben in % BIP, 1998-2001	Gini Koeffizient um 2000
<i>Kontinentaleurop. Korporatismus in einem kleinen Land</i>					
Österreich	5.2	1.3	50.5	25.9	0.26
Belgien	7.8	4.4	49.3	27.2	0.28
Luxemburg	3.0	1.2	44.7	21.0	0.26
Niederlande	3.4	1.9	46.3	22.3	0.25
Portugal	4.8	3.7	40.8	20.1	.
Slowenien	6.8	3.1	44.9	.	0.25
Schweiz	3.1	1.7	34.4	26.0	0.27
Mittelwert	4.9	2.5	44.4	23.7	0.26
Standardabweichung	1.9	1.3	6.0	3.0	0.01
<i>Nordeurop. Korporatismus</i>					
Dänemark	4.8	1.1	57.6	29.5	0.24
Finnland	9.8	2.2	54.1	25.5	0.25
Island	2.7	0.3	45.1	19.5	.
Norwegen	3.6	0.8	57.6	24.6	0.25
Schweden	4.9	1.2	60.4	29.5	0.25
Mittelwert	5.2	1.1	55.0	25.7	0.25
Standardabweichung	2.8	0.7	6.0	4.2	0.01

	Arbeitslosenquote 1998-2003	Langzeitarbeitslosen- quote 2005	Staatseinnahmen 1998-2003 in % BIP	Sozialausgaben in % BIP, 1998-2001	Gini Koeffizient um 2000
<i>Transformationskorporatismus in einem kleinen mitteleurop. Land</i>					
Tschech. Rep.	7.8	4.2	39.6	.	0.26
Estland	11.0	4.2	38.4	.	0.36
Ungarn	6.5	3.2	44.1	.	0.30
Lettland	12.9	4.1	35.4	.	.
Litauen	14.3	4.3	34.8	.	.
Slowakei	17.2	11.7	43.7	.	0.24
Mittelwert	11.6	5.3	39.3		0.29
Standardabweichung	4.0	3.2	4.0		0.05
<i>Kleines Land ohne Korporatismus</i>					
Griechenland	11.3	5.1	43.7	23.6	0.34
Malta	7.4	3.4	36.4	.	.
Neuseeland	5.9	0.3	38.8	19.3	.
Mittelwert	8.2	2.9	39.6	21.5	0.34
Standardabweichung	2.8	2.4	3.7	3.0	.
Total Mittelwert	7.3	2.7	42.9	22.4	0.29
Standardabweichung	3.6	2.2	7.6	4.7	0.04

Quellen: Armington und Careja 2005; OECD 2004, Arbeitslosenquote: Webseiten der EU und der OECD. Gini-Koeffizient um 2000: Website des LIS-Projektes (www.lisproject.org)

Anmerkungen: Die Arbeitslosenquoten sind Quoten gemäss den nationalen Statistiken. Langzeitarbeitslosigkeit: Arbeitslose mit einer Arbeitslosendauer von mehr als 12 Monaten in % vom Total der Erwerbsbevölkerung 2005 oder nächstliegendes Jahr. Staatseinnahme: Bei neuen EU Mitgliedsländer wurden die Durchschnitte zum Teil aufgrund fehlender Daten für kürzere Zeiträume berechnet. Gini-Koeffizienten: Daten für einige Länder vor 2000; am weitesten liegt die entsprechende Erhebung für Dänemark (1992) zurück.

als empirische Entsprechung der Leithypothese interpretieren, dass der Korporatismus einen Arbeitsmarktkontext schafft, der einem hohen Beschäftigungsstand zuträglich ist.

Ein zweiter Aspekt der innenpolitischen Kompensation ist das Ausmaß der Einkommensungleichheit und das Ausmaß der marktkorrigierenden Staatseingriffe. Hier zeigt sich – trotz Variationen innerhalb der Ländergruppen – eine weitere Kovariation. Tabelle 1 enthält Angaben zur Politisierung der Ökonomie (gemessen mit dem Indikator der Staatseinnahmen in % des Bruttoinlandsprodukt), zu den staatlichen Sozialausgaben (in % des Bruttoinlandsprodukts) und zum Ausmaß der Einkommensungleichheit. Diese wird mit dem Ginikoeffizienten gemessen. Ein Wert von ,0' würde vollkommene Einkommensgleichheit anzeigen; je höher der Wert ist, desto ungleicher sind die Einkommen verteilt.

Die korporatistischen Kleinstaaten Nord- und Kontinentaleuropas geben vergleichsweise am meisten für die soziale Sicherheit aus. Sie intervenieren am stärksten in die Ökonomie, indem sie besonders große Anteile des gesellschaftlichen Reichtums durch staatliche Kassen schleusen, und sie weisen im Durchschnitt die geringste Einkommensungleichheit auf. Diese Daten passen zur These, korporatistische Kleinstaaten verfolgten eine Politik der innenpolitischen Kompensation. Ebenso entsprechen die Werte für Neuseeland, Griechenland und Malta dieser These. Da in diesen Ländern auf außenwirtschaftliche Verletzbarkeit nicht institutionell mit Korporatismus reagiert wurde, erfolgte auch keine innenpolitische Kompensation.

Wenig verwunderlich sind auch die Ergebnisse für die mittelosteuropäischen kleinen Länder. Da dort die Sozialpartnerschaft vor allem dazu dient, den Systemwandel legitimatorisch abzusichern und sie kein wirksames wirtschafts- und sozialpolitisches Mittel darstellt, ist auch nicht zu erwarten, dass innenpolitische Kompensation eintritt.

Alle diese Fälle passen zur Behauptung, kleine Staaten neigten zu Korporatismus und er führe zur innenpolitischen Kompensation – wenn man die wichtige Korrektur macht, dass nur in Nord- und Kontinentaleuropa ein ökonomisch wirksamer Korporatismus entstand, der eine breite Entschädigung für mögliche Effekte der weltwirtschaftlichen Öffnung schuf. Drei weitere Fälle – Irland, Australien und Zypern – zeigen jedoch, dass es darüber hinaus eine Form des kleinstaatlichen Korporatismus gibt, bei dem die Kompensation auf einen hohen Beschäftigungsstand beschränkt ist. Die sozialpolitische Absicherung, also eine geringe Einkommensungleichheit sowie ein umfangreicher Sozial- und Interventionsstaat fehlen hier. In diesem Sinne ist Korporatismus mit einer ausschließlich beschäftigungspolitischen Kompensation möglich, der ansonsten im Rahmen eines liberalen Wohlfahrtsstaat und einer angelsächsischen Wettbewerbsdemokratie stattfindet. Dies ist eine zweite, wichtige Ergänzung der Katzenstein-These.

Die These über die Besonderheit von Kleinstaaten hat noch zwei weitere wichtige Implikationen. Trotz ungünstiger Voraussetzungen seien Kleinstaaten wirtschaftlich nicht weniger erfolgreich als Großstaaten, weil sie eine effektive korporatistische Steuerung verfolgten. Und darüber hinaus seien Demokratien in Kleinstaaten aufgrund ihrer innenpolitischen Inklusionsstrategien politisch stabil. In Tabelle 2 (nächste Seite) sind die Daten für die Zufriedenheit der

Tabelle 2: Einstellungen und Bruttosozialprodukt

	Politisches Interesse, ESS, 2004	Politisches Interesse, WVS, 1999-2001	Zufriedenheit mit der Demokratie, ESS 2004	Bruttosozialprodukt pro Kopf in Kaufkraftparitäten und US \$
<i>Großes Land</i>				
Kanada	.	47.0	.	32220
Frankreich	37.3	35.9	13.2	30540
Deutschland	56.1	49.7	20.4	29210
Italien	.	32.3	.	28840
Japan	.	63.6	.	31410
Spanien	28.9	28.2	25.1	25820
UK	47.3	35.9	17.8	32690
USA	.	64.7	.	41950
Mittelwert	42.4	44.7	19.1	31585
Standardabweichung	11.8	14.0	5.0	4730
<i>Liberal-angelsächsischer Korporatismus in einem kleinen Land</i>				
Australien	.	56.5	.	30610
Irland	44.6	45.6	23.0	34720
Zypern	.	.	.	22230
Mittelwert	44.6	51.1	23.0	29186
Standardabweichung	.	7.7	.	6365

	Politisches Interesse, ESS, 2004	Politisches Interesse, WVS, 1999-2001	Zufriedenheit mit der Demokratie, ESS 2004	Bruttonettoprodukt pro Kopf in Kaufkraftparitäten und US \$
<i>Kontinentaleurop. Korporatismus in einem kleinen Land</i>				
Österreich	51.3	.	27.7	33140
Belgien	43.3	39.5	18.4	32640
Luxemburg	42.8	42.3	38.1	65340
Niederlande	61.2	67.0	14.1	32480
Portugal	28.0	32.3	3.7	19730
Slowenien	41.6	42.1	8.5	22160
Schweiz	59.0	40.3	34.3	37080
Mittelwert	46.7	43.9	20.7	34653
Standardabweichung	11.4	11.9	13.1	14930
<i>Nordeurop. Korporatismus</i>				
Dänemark	64.8	60.5	55.4	33570
Finnland	46.0	26.8	39.0	31170
Island	63.0	50.1	27.3	34760
Norwegen	49.2	68.5	31.2	40420
Schweden	57.4	.	27.0	31420
Mittelwert	56.1	51.5	36.0	34268
Standardabweichung	8.3	18.1	11.9	3751

	Politisches Interesse, ESS, 2004	Politisches Interesse, WVS, 1999-2001	Zufriedenheit mit der Demokratie, ESS 2004	Bruttonutzenprodukt pro Kopf in Kaufkraftparitäten und US \$	
<i>Transformationskorporatismus in einem kleinen mitteleuropäischen Land</i>					
Tschech. Rep.	18.7	70.8	11.6	21140	
Estland	36.6	.	9.7	15420	
Ungarn	39.8	.	6.4	16940	
Lettland	.	.	.	13480	
Litauen	.	52.6	.	14220	
Slowakei	36.0	.	6.6	15760	
Mittelwert	32.8	61.7	8.6	16160	
Standardabweichung	9.5	12.9	2.5	2723	
<i>Kleines Land ohne Korporatismus</i>					
Griechenland	32.8	41.6	32.9	23620	
Malta	.	.	.	18960	
Neuseeland	.	60.2	.	23030	
Mittelwert	32.8	50.9	32.9	21870	
Standardabweichung	.	13.2	.	2537	
Total	Mittelwert	44.8	48.1	22.3	28648
	Standardabweichung	12.3	13.4	13.0	10215

Quellen: World Values Survey, 4. und ggfs, 3. Welle; European Social Survey, 2004, World Bank (website).

Anmerkungen: Politisches Interesse, ESS % Anteil sehr/etwas an Politik interessierten Befragten (gewichtet); Politisches Interesse WVS: % Anteil der sehr/etwas an Politik interessierten Bürger, ungewichtet. Zufriedenheit mit der Demokratie: % Anteil Skalen 8-10 (1 sehr unzufrieden, 10 sehr zufrieden) ESS 2004, gewichtet.

Bürger mit der Demokratie und ein Indikator für wirtschaftlichen Erfolg – das Bruttosozialprodukt pro Kopf – abgetragen. Sie zeigen, dass Kleinstaaten mit wirtschaftlich effektivem Korporatismus mindestens ebenso erfolgreich sind, wie große Länder. Darüber hinaus finden sich jedoch keine Anzeichen, dass dies mit einer höheren Zufriedenheit der Bürger mit dem politischen System verbunden ist. Eine weitere nahe liegende Vermutung wird ebenfalls nicht bestätigt: Wenn die weltwirtschaftliche Verletzbarkeit eine stete Herausforderung für das politische System ist, dann wäre zu erwarten, dass die Bürger in kleinen Staaten an Politik interessierter sind als in großen Ländern. Aber dies ist offensichtlich nicht der Fall.

4 GEGENLÄUFIGE ENTWICKLUNGEN

Die bahnbrechende Studie Katzensteins beschränkte sich auf den Zeitraum bis zum Anfang der 1980er Jahre. Verletzbarkeit durch wirtschaftliche Internationalisierung war in dieser Periode vor allem ein Problem kleiner Staaten und sie hatten die innenpolitischen Voraussetzungen, darauf durch eine korporatistische Strategie zu reagieren. Gilt dies gleichermaßen für die Zeit um die Jahrtausendwende? In diesem Abschnitt argumentiere ich, es habe zwei gegenläufigen Entwicklungen gegeben.

Die erste Entwicklung ist jene der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung. Sie brachte Großstaaten zur Jahrtausendwende in eine strukturell ähnliche Situation der außenwirtschaftlichen Verletzbarkeit, wie dies 40 Jahre zuvor vor allem in kleinen Staaten der Fall war. Dieser Globalisierungsprozess verstärkte darüber hinaus die bereits in den 1960er Jahren ausgeprägte Außenhandelsabhängigkeit der kleinen Nationen. Tabelle 3 enthält einige Indikatoren für diese Entwicklungen.

Spalte 2 und 3 informieren über den Wert eines Indexes für Restriktion des Kapitalverkehrs um 1960 und um 1999. Der Wert ‚4‘ zeigt an, dass keine Restriktionen vorliegen; der Wert ‚0‘ steht für einen vollkommen geschlossenen Kapitalmarkt. Die zwei letzten Spalten enthalten für die Jahre 1960 und 2000 Daten zum Umfang des Außenhandels, der hier als Summe von Importen und Exporten (in % des Bruttoinlandsprodukts) gemessen wird.

Zunächst wird ein Befund Katzensteins durch diese Tabelle bestätigt. Die korporatistischen nordeuropäischen Staaten und Österreich haben sich in der Vergangenheit in Bezug auf internationale Kapitalmobilität sehr viel stärker abgeschottet als die übrigen kleinen und demokratischen kontinentaleuropäischen Länder. Der Wert für die Öffnungsbereitschaft dieser kleinen und in Katzensteins Terminologie ‚liberalen‘ Länder betrug (ohne das damals autoritär regierte Portugal und das unter sozialem Korporatismus rubrizierte Österreich) durchschnittlich 3.7, während die großen Länder 2.9 erreichten und die nordeuropäischen 1.8. Der zweite bestätigte Befund Katzensteins lautet, dass die kleinen Länder hinsichtlich des Außenhandels weit stärker weltwirtschaftlich integriert und abhängig waren als die großen Länder.

Darüber hinaus zeigt die Tabelle, dass sich 40 Jahre später kleine und große Länder nicht mehr hinsichtlich der Kapitalmarktliberalisierung unterscheiden: Alle sind nun nahezu gleichermaßen offen. Der Indikator der Außenhandelsabhängigkeit hat seinen Durchschnittswert

Tabelle 3: Außenwirtschaftliche Verwundbarkeit, 1960 und um 2000

	Liberalisierung des Kapitalmarktes, 1960	Liberalisierung des Kapitalmarktes, 1999	Import und Export in % BIP, 1960	Import und Export in % BIP, 2000
<i>Großes Land</i>				
Kanada	4.0	4.0	35.6	86.8
Frankreich	3.0	4.0	26.4	55.9
Deutschland	4.0	4.0	36.5	67.1
Italien	2.5	4.0	25.9	55.6
Japan	2.0	4.0	20.7	20.1
Spanien	1.5	3.0	15.5	62.2
UK	2.0	4.0	41.3	57.9
USA	4.0	4.0	9.5	26.2
Mittelwert	2.9	3.9	26.4	54.0
Standardabweichung	1.0	0.4	11.0	21.6
<i>Liberal-angelsächsischer Korporatismus in einem kleinen Land</i>				
Australien	2.5	3.0	29.4	45.6
Irland	2.0	4.0	64.7	175.6
Zypern	.	.	79.7	27.6
Mittelwert	2.3	3.5	58.0	82.9
Standardabweichung	0.4	0.7	25.8	80.7

	Liberalisierung des Kapitalmarktes, 1960	Liberalisierung des Kapitalmarktes, 1999	Import und Export in % BIP, 1960	Import und Export in % BIP, 2000
<i>Kontinentaleurop. Korporatismus in einem kleinen Land</i>				
Österreich	1.5	3.5	48.1	101.2
Belgien	3.0	4.0	79.7	169.3
Luxemburg	.	.	177.6	285.6
Niederlande	3.0	4.0	93.3	129.6
Portugal	1.0	3.5	35.7	74.9
Slowenien	.	.	.	121.8
Schweiz	4.0	4.0	55.7	87.9
Mittelwert	2.5	3.8	81.4	138.6
Standardabweichung	1.2	0.3	51.5	71.8
<i>Nordeurop. Korporatismus</i>				
Dänemark	2.5	4.0	64.0	80.1
Finnland	0.5	4.0	43.5	76.0
Island	.	.	84.6	75.8
Norwegen	1.5	4.0	71.2	77.1
Schweden	2.5	3.5	45.6	89.0
Mittelwert	1.8	3.9	61.8	79.6
Standardabweichung	1.0	0.3	17.4	5.5

	Liberalisierung des Kapitalmarktes, 1960	Liberalisierung des Kapitalmarktes, 1999	Import und Export in % BIP, 1960	Import und Export in % BIP, 2000
<i>Transformationskorporatismus in einem kleinen mitteleurop. Land</i>				
Tschech. Rep.	.	.	.	146.6
Estland	.	.	.	62.2
Ungarn	.	.	.	127.2
Lettland	.	.	.	100.1
Litauen	.	.	.	96.7
Slowakei	.	.	.	149.6
Mittelwert				113.7
Standardabweichung				33.7
<i>Kleines Land ohne Korporatismus</i>				
Griechenland	1.0	3.0	24.0	57.9
Malta	.	.	.	57.1
Neuseeland	1.5	4.0	45.1	71.8
Mittelwert	1.3	3.5	34.5	62.3
Standardabweichung	0.4	0.7	14.9	8.3
Total				
Mittelwert	2.4	3.8	52.2	91.2
Standardabweichung	1.1	0.4	35.3	52.8

Quellen: Armingeon und Careja 2005; Quinn und Inclan 1997, Penn World Table http://pwt.econ.upenn.edu/php_site/pwt_index.php; Import und Export im Jahr 2000 für Malta und Zypern aus Fischer Weltalmanach 2005. Liberalisierung der Kapitalmärkte gemessen mit dem Quinn-Index der Restriktionen des Kapitalverkehrs: 0 bedeutet vollkommen geschlossener, 4 bedeutet vollkommen weltmarktoffener Kapitalmarkt, in der Spalte '1999' beziehen sich die Werte für Griechenland, Portugal und Spanien auf 1993 und die Werte für Norwegen auf 1997.

für die gesamte Ländergruppe fast verdoppelt. Bevölkerungsreiche Länder sind im Jahr 2000 größenordnungsmäßig so stark in den Welthandel integriert, wie dies kleine Länder im Jahr 1960 waren. Bei den kleinen Nationen hat zudem der Außenhandel noch weiter an Bedeutung zugenommen.

Insofern sind große Länder im Jahr 2000 weltwirtschaftlich so verletzbar wie kleinen Staaten dies 1960 waren; und die Verletzbarkeit kleiner Staaten hat noch weiter zugenommen. Wenn das kausale Argument Katzensteins unter sonst gleichen Bedingungen zutreffen würde, hätten nun alle Staaten einen Anreiz, auf diese Verwundbarkeit institutionell mit der Einführung oder der Intensivierung korporatistischer Kooperation zu reagieren.

Dies ist jedoch ganz offensichtlich nicht der Fall. Vielmehr gibt es Belege für eine Entwicklung, dass die Möglichkeit zur korporatistischen Reaktion abnimmt, während der Bedarf daran wächst.

In der vergleichenden Literatur wurde wiederholt argumentiert, der Korporatismus sei am untergehen. Dies ist sicher übertrieben, wie ein schneller Blick auf die entsprechenden Zeitreihen zeigt (Armingeon 2005). Aber richtig ist, dass sich seine Grundlagen vielfach in ungünstiger Weise geändert haben. Zwei Veränderungen sind in diesem Zusammenhang besonders wichtig.

Die erste betrifft den Kern des Korporatismus der 1970er Jahre. Er wurde durch die lohnpolitische Koordinierung durch tripartistische Verhandlungen und durch Kompensationsleistungen an die Gewerkschaften für Lohnmäßigung gebildet. Nach der Jahrtausendwende bedarf es jedoch häufig keines Druckes auf Gewerkschaften mehr, damit sie auf umverteilende Forderungen verzichten. Die regierungsunabhängige Position der nunmehr allein an der Geldwertstabilität ausgerichteten Zentralbanken macht die Hoffnung illusorisch, überzogene Lohnerhöhungen könnten arbeitsmarktneutral durch geldpolitisches Abfedern in höhere Inflationsraten transformiert werden. Vielmehr müssen Verhandlungsführer heute befürchten, dass überhöhte Lohnabschlüsse Arbeitslosigkeit zur Folge haben, weil die Zentralbanken mit Geldverknappung auf Inflationsgefahr reagieren werden und weil mobiles Kapital das Land verlassen kann, wenn sich dessen Verwertungsbedingungen massiv verschlechtern. Auch die Möglichkeit, sich Lohnmäßigungen durch staatlich Steuer- und Sozialpolitiken oder durch antizyklische Fiskalpolitiken honorieren zu lassen, werden geringer, weil die Regierungen durch ideologische Umorientierungen, durch die Gefahr der Kapitalflucht und – in der EU -- durch die Vorgaben der Währungsunion minimierte fiskalpolitische Handlungsspielräume haben. Wenn es überhaupt noch zu tripartistischen einkommenspolitischen Foren oder Pakten kommt, steht dahinter häufig der Wunsch der Regierungen, uneinsichtige oder uninformierte Gewerkschaftsführer darüber zu orientieren, was auf dem Arbeitsmarkt passieren würde, wenn sie nicht selbst ein lohnpolitisches Einsehen haben (Hassel 2006). Selbst

wenn die Institutionen und Ideologien der Sozialpartnerschaft beibehalten werden, vermindert sich die Wirksamkeit des Korporatismus als Steuerungsinstrument von Löhnen, Arbeitsmärkten und Sozial- und Fiskalpolitiken. Dies schließt nicht aus, dass er in anderen Bereichen weiterhin eine große Bedeutung hat, so beispielsweise im Rahmen der beruflichen Bildung, der Entwicklung der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitiken oder der sozialfriedlichen Regulierung der Arbeitsmärkte in niedergehenden Industrien.

Die zweite Veränderung betrifft die Integrations- und Mobilisierungsfähigkeit von Gewerkschaften (Ebbinghaus und Visser 1999; Ebbinghaus 2002; Ebbinghaus 2006). Diese leidet auch durch gesellschaftliche Modernisierungsprozesse und unzureichende organisationspolitische Anpassungen der Gewerkschaften. Dazu zählen besonders die Veränderung der Erwerbsstrukturen, die Einstellungen der Individuen zur Mitgliedschaft in Massenorganisationen und der bescheidene Umfang neuer politischer und organisatorischer Visionen und entsprechender Reformen der herkömmlichen Gewerkschaften. Nordeuropa ist bislang von dieser Krise der Gewerkschaften in entwickelten Demokratien weitgehend ausgenommen worden; aber auch dort zeigen sich Probleme der Integrations- und Mobilisierungsfähigkeit (vgl. z.B. Kjellberg 2006).

Diese Veränderungen betreffen große und kleine Nationen gleichermaßen. Darüber hinaus haben kleine Länder das Problem, dass sich genau jene Voraussetzungen auflösen könnten, auf denen der historische Korporatismus beruhte. In Nordeuropa war dies die Hegemonie einer kohärenten sozialdemokratischen Bewegung. Ein gutes Beispiel ist das schwedische Modell der 1950er bis 1980er Jahre, das wesentlich durch die sozialdemokratische Partei und den sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsbund LO getragen wurde und bei dem sich eine restriktive Fiskalpolitik, eine solidarische Lohnpolitik, eine aktive Arbeitsmarktpolitik, ein großer öffentlicher Sektor und ein generöser und egalisierender Sozialstaat wechselseitig ergänzten. Solche umfassende und kohärente gesellschaftspolitische Strategien der Sozialdemokratie sind aufgrund der Schwierigkeiten einer programmatischen Neudefinition (Merkel 2000; Merkel, Egle et al. 2006) ebenso gefährdet wie aufgrund der Individualisierungsprozesse und der Erosion der herkömmlichen sozialdemokratischen Überzeugungen (Armingeon 2004).

In den politisch und kulturell vielfach fragmentierten Gesellschaften Kontinentaleuropas bildeten die historisch gelernten Inklusionsstrategien von Eliten die Voraussetzung der Aufnahme der Gewerkschaften in ein System des Verhandeln und des gegenseitigen Ausgleichs. Diese Inklusionsstrategien liegen der Konkordanzdemokratie zugrunde, deren unterscheidendes Merkmal der Verzicht auf die Technik der Mehrheitsentscheidung als dominante Entscheidungstechnik ist (Lehmbruch 1993). Ein eindrückliches Beispiel stellt die Schweiz dar. Dort mussten die politischen Eliten in einem langen Prozess lernen, dass keine Gruppe dauerhaft mehrheitsfähig ist und zahlreiche Minderheiten so umfangreich sind, dass sie die Durchführung einer mit knapper Mehr-

heit getroffenen Entscheidung beträchtlich erschweren können. Die institutionelle Antwort auf diese Herausforderung war ein politisches System, bei dem die entscheidende Mehrheit so groß wie irgendmöglich sein sollte. Dies betraf zunächst die politischen Gruppierungen. Dieselbe Logik lag aber auch bei der Integration der Verbände in den Staat zugrunde, bei der das Standardverfahren des politischen Prozesses – Verhandeln und Kompensieren – angewandt wurde (Gruner 1959; Gruner 1964; Armingeon 1997). Die Schweiz ist nur ein Beispiel für die etablierten demokratischen kontinentaleuropäischen Kleinstaaten, in denen die Eliten dazu neigen, Probleme durch Verhandeln zu lösen. Deshalb sind dort Konkordanzdemokratie und Korporatismus geschichtlich miteinander verbunden. Die Akzeptanz einvernehmlicher Lösungen, des Kompromisses und der weitgehende Verzicht auf gegenseitige Profilierung der Politiker im Wettbewerb um Stimmen bilden die einstellungs- und verhaltensmäßigen Grundlagen des Elitehandelns in diesen Ländern (vgl. Lehmbruch 1996).

Die Konkordanz kommt freilich durch gesellschaftliche Modernisierungsprozesse und die weltwirtschaftliche Öffnung unter Druck. Die gesellschaftliche Modernisierung löst die Bindung der Individuen an gesellschaftliche Lager auf, die früher durch ihre Eliten in Spitzenverhandlungen repräsentiert wurden. Der Rückgang der Parteibindung der Bürger ist hierfür ein Indikator. Elitenabkommen, die hinter geschlossenen Türen ohne Gesichtsverlust ausgehandelt werden, haben in einem gesellschaftlichen Systems weit geringere Legitimation, in dem sich die Bürger immer weniger grundsätzlich durch ihre gruppenspezifischen Eliten repräsentiert sehen. Die zunehmende Weltmarktöffnung schafft zudem innerhalb von Nationen Ängste und Verteilungskonflikte. Dazu gehört besonders Problemdiagnosen der kulturellen Identität und der Inanspruchnahme des nationalen Wohlfahrtsstaates, die beide vor allem durch Migration aktiviert werden. Rechtspopulistische Parteien haben diese Ängste zum Teil erfolgreich genutzt. Sie haben damit auch die Verhandlungskultur der Konkordanzdemokratien untergraben. Dies illustrieren besonders deutlich die Fälle der Schweiz, der Niederlande oder Österreichs.

Die spezifischen Probleme der großen Länder bei einem Versuch der Einführung einer sozialpartnerschaftlichen Steuerung liegen – neben den oben angeführten Gründen, die Korporatismus schwieriger machen – noch in der Pfadabhängigkeit der nationalen Problemlösungsstile, des Politikenerbes und der institutionellen Ordnungen innerhalb derer die Eliten agieren. Es wird schwierig, ohne eine Tradition und eines institutionellen Rahmens des Verhandeln, sozialpartnerschaftliche Lösungen anzustreben, deren Wirksamkeit dazu hin noch begrenzt ist. Insofern können sich aufgrund ihrer außenwirtschaftlichen Verwundbarkeit große wie kleine Länder nur schwer ein konfliktuell-pluralistisches Systems der Interessenvermittlung leisten; aber die Beibehaltung oder Einführung eines wirksamen sozialpartnerschaftlichen Systems ist ebenfalls problematisch.

5 SCHLUSS

Kleine Länder sind außenwirtschaftlich verwundbarer als große Länder und deshalb sind sie zur flexiblen Anpassung an weltwirtschaftliche Veränderungen gezwungen. Dies setzt voraus, dass sie innenpolitisch diese Anpassungsprozesse realisieren können. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist die Sozialpartnerschaft. Damit ist ein System der innenpolitischen Kompensation für die potenziellen Verlierer der Weltmarktöffnung verbunden. Dies ist der Kern der These, die Peter Katzenstein in seinem bahnbrechenden Werk über ‚Kleine Staaten in Weltmärkten‘ für sieben Länder und den Zeitraum bis Anfang der 1980er Jahre entwickelt hat. In diesem Beitrag habe ich gezeigt, dass diese These auch auf die Gegenwart und auf einen größeren Kreis demokratischer Kleinstaaten zutrifft. Freilich müssen drei Ergänzungen gemacht werden: Erstens entwickelt nur ein Teil der kleinen Länder eine wirtschaftlich wirksamen Sozialpartnerschaft. Zum zweiten variieren nicht nur die Typen der kleinstaatlichen Korporatismen, sondern auch die Kompensationen viel stärker, als dies Katzensteins Werk nahe legt. Und zum dritten sind heute große wie kleine Staaten außenwirtschaftlich sehr verwundbar; aber die Voraussetzungen für die Einführung oder Beibehaltung einer wirksamen Sozialpartnerschaft sind bedroht.

Eine wichtige Implikation dieses Befundes betrifft die geringe isolierte Erklärungskraft der Landesgröße für die Muster der Interessenvertretung und der Problemlösung. Nur in der Verknüpfung mit den Eigentümlichkeiten und politischen Institutionen der jeweiligen Ländergruppe wird die Variable der Größe eines Landes wichtig. In statistisch-technischer Ausdruckweise würde man von einem Interaktionseffekt sprechen. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik von kleinen Ländern wird grundsätzlich von denselben staatlichen Institutionen und politischen Kräfteverhältnissen geprägt wie die Politiken in großen Ländern. Aber kleine Länder neigen prinzipiell stärker zum Korporatismus als die großen Länder. Dabei sind die Typen und Leistungen dieser kleinstaatlichen Korporatismen eine Funktion von Institutionen (beispielsweise Wettbewerbsdemokratie versus Konkordanzdemokratie) und politischen Kräfteverhältnissen, wie beispielsweise die Stimmenverhältnisse zwischen sozialdemokratischen, liberalen und katholisch-konservativen Parteien.

Und schließlich handelt es sich nicht um strukturell vollständig determinierte Prozesse. Die politischen Eliten haben einen erheblichen Handlungsspielraum. Dies zeigt sich am Beispiel der Gabelung der Entwicklungswege Australiens und Neuseelands. Neuseeland entsprach zwar mit seinem unitarischen Staatsaufbau, nur einer Parlamentskammer und dem Zwei-Parteien-System in den 1980er Jahren erheblich stärker dem Idealtypus der Wettbewerbsdemokratie als Australien und hatte damit weniger fördernde Voraussetzungen für den Korporatismus. Aber grundsätzlich wäre der Schritt zum Korporatismus auch dort möglich gewesen, wie die Fälle Irlands oder Zyperns nahe

legen. Letztendlich gab die Entscheidung der politischen Eliten den Ausschlag. Dabei war den beiden Ländern gemeinsam, dass der Protektionismus der Vergangenheit nicht mehr durchzuhalten war und dass beide kleinen Länder unter einem erheblichen Anpassungsdruck an veränderte weltwirtschaftliche Bedingungen standen. In Neuseeland war eine entschiedene Liberalisierung die Antwort; in Australien war es – wie es das Katzenstein-Argument prognostiziert – der Korporatismus.

6 LITERATUR

- Armingeon, K., 1983: Neo-korporatistische Einkommenspolitik. Eine vergleichende Untersuchung von Einkommenspolitiken in westeuropäischen Ländern, Frankfurt a. Main.
- Armingeon, K., 1997: Swiss Corporatism in Comparative Perspective, in: *West European Politics* 20, S. 164-179.
- Armingeon, K., 2004: Institutional Change in OECD democracies, 1970-2000, in: *Comparative European Politics* 2, S. 212-238.
- Armingeon, K., 2005: Probleme des Übergangs vom Korporatismus zum Pluralismus, in: F. Karlhofer und E. Tálos (Hrsg.), *Sozialpartnerschaft - Österreichische und Europäische Perspektiven*, Wien, S. 135-158.
- Armingeon, K. und R. Careja, 2005: Comparative Data Set for 28 Post-Communist Countries, 1989–2004, Bern. http://www.ipw.unibe.ch/mitarbeiter/ru_armingeon/CPD_Set_en.asp#cpdsII.
- Auffermann, B., 2003: Das politische System Finlands, in: W. Ismayr (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*, 3. Auflage, Opladen, S. 187-223.
- Avdagic, S., 2005: State-Labour Relations in East Central Europe: Explaining Variations in Union Effectiveness, in: *Socio-Economic Review* 3, S. 25-53.
- Bestler, A., 2001: Malta. Verbände als klientelistische Gefolgschaften, in: W. Reutter und P. Rütters (Hrsg.), *Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa*, Opladen, S. 263-286.
- Bray, M. und D. Neilson, 1996: Industrial Relations Reform and the Relative Autonomy of the State, in: F. C. Castles, R. Gerrits und J. Vowles (Hrsg.), *The Great Experiment. Labour parties and public policy transformation in Australia and New Zealand*, St. Leonards, S. 68-87.
- Castles, F. G., 1989: Social Protection by Other Means. Australia's Strategy of Coping With External Vulnerability, in: F. G. Castles (Hrsg.), *The Comparative History of Public Policy*, Cambridge/London, S. 16-57.
- Czada, R., 1988: Bestimmungsfaktoren und Genese politischer Gewerkschaftseinbindung, in: M. G. Schmidt (Hrsg.), *Staatstätigkeit. International und historisch vergleichende Analysen*, Opladen, S. 178-195.
- Ebbinghaus, B., 2002: Trade Unions' Changing Role: Membership Erosion, Organisational Reform, and Social Partnership in Europe, in: *Industrial Relations Journal* 33, S. 465-483.

- Ebbinghaus, B., 2006: Trade union movements in post-industrial welfare states. Opening up to new social interests? In: K. Armingeon und G. Bonoli (Hrsg.), *The Politics of Postindustrial Welfare States. Adapting Postwar Social Policies to New Social Risks*, London, S. 123-142.
- Ebbinghaus, B. und J. Visser, 1999: When Institutions Matter - Union Growth and Decline in Western Europe, 1950-1995, in: *European Sociological Review* 15, S. 135-158.
- Esping-Andersen, G., 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Princeton.
- Eythorsson, G. T. und D. Jahn, 2003: Das politische System Islands, in: W. Ismayr (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*, 3. Auflage, Opladen, S. 167-186.
- Gruner, E., 1959: Der Einbau der organisierten Interessen in den Staat, in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 95, S. 59-79.
- Gruner, E., 1964: 100 Jahre Wirtschaftspolitik. Etappen des Interventionismus in der Schweiz, in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 100, S. 3-70.
- Hardiman, N., 2002: From Conflict to Co-ordination: Economic Governance and Political Innovation in Ireland, in: *West European Politics* 25, S. 1-24.
- Hassel, A., 2003: The Politics of Social Pacts, in: *British Journal of Industrial Relations* 41, S. 707-726.
- Hassel, A., 2005: Policy- und Machtinteressen in Sozialpakten in Europa, in: F. Karlhofer und E. Tálos (Hrsg.), *Sozialpartnerschaft*, Wien, S. 109-133.
- Hassel, A., 2006: *Wage Setting, Social Pacts and the Euro. A New Role for the State*. Amsterdam.
- Huber, E. und J. D. Stephens, 2001: *Development and Crisis of the Welfare State. Parties and Policies in Global Markets*, Chicago/London.
- Iankova, E. A., 1998: The Transformative Corporatism of Eastern Europe, in: *East European Politics and Societies* 12, S. 222-264.
- Icelandic Federation of Labour, 2006: *Icelandic Labour Law*. Reykjavic, Icelandic Federation of Labour, <http://www.asi.is>
- Katzenstein, P. J., 1985: *Small States in World Markets. Industrial Policy in Europe*, Ithaca/London.
- Katzenstein, P. J., 2003: Small States and Small States Revisited, in: *New Political Economy* 8, S. 9-30.
- Kersbergen, K. v., 1995: *Social Capitalism. A study of Christian democracy and the welfare state*, London/New York.
- King, G., R. O. Keohane, et al., 1995: The Importance of Research Design in Political Science, in: *American Political Science Review* 89, S. 475-481.
- Kjellberg, A., 2006: The Swedish unemployment insurance - will the Ghent system survive, in: *Transfer* 1, S. 87-98.
- Kohl, H. und H.-W. Platzer, 2004: *Arbeitsbeziehungen in Mitteleuropa. Transformation und Integration. Die acht neuen EU-Mitgliedsländer im Vergleich*, 2. Aufl., Baden-Baden.
- Lavdas, K. A., 2001: Griechenland, in: W. Reutter und P. Rütters (Hrsg.), *Verbände und Politik. Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa*, Opladen, S. 151-168.
- Lavdas, K. A., 2005: Interest Groups in Disjointed Corporatism: Social Dialogue in Greece and European 'Competitive Corporatism', in: *West European Politics* 28, S. 297-316.

- Lehmbruch, G., 1993: Konkordanzdemokratie, in: M. G. Schmidt (Hrsg.), Lexikon der Politik, Band 3. Die westlichen Länder, München, S. 206-211.
- Lehmbruch, G., 1996: Die korporative Verhandlungsdemokratie in Westmitteleuropa, in: K. Armingeon und P. Sciarini, Deutschland, Österreich und die Schweiz im Vergleich (Sonderheft der Revue Suisse de Science Politique), Zürich, S. 19-41.
- Mansfeldova, Z. und P. Rakusanova, 2006: The Role of Organised Interests in the Czech Republic in the Context of the Accession to the EU. Nicosia, ECPR Joint Sessions of Workshops, April 25-30, 2006.
- Merkel, W., 2000: Der "Dritte Weg" und der Revisionismusstreit der Sozialdemokratie am Ende des 20. Jahrhunderts, in: K. Hinrichs, H. Kitschelt und H. Wiesenthal (Hrsg.), Kontingenz und Krise. Institutionenpolitik in kapitalistischen und postsozialistischen Gesellschaften, Frankfurt am Main/New York, S. 263-290.
- Merkel, W., C. Egle, et al., 2006: Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa, Wiesbaden.
- OECD, 1979: Wage Policies and Collective Bargaining Developments in Finland, Ireland and Norway, Paris.
- OECD, 2004: Employment Outlook Paris.
- OECD, 2004: Social Expenditure database (SOCX), 1980-2001, http://www.oecd.org/document/2/0,2340,en_2825_497118_31612994_1_1_1_1,00.html.
- Ost, D., 2000: Illusory Corporatism in Eastern Europe: neoliberal Tripartism and Postcommunist Class Identities, in: Politics and Society 28, S.503-530.
- Pempel, T. J. und K. Tsunekawa, 1979: Corporatism Without Labor? The Japanese Anomaly, in: P. C. Schmitter und G. Lehmbruch (Hrsg.), Trends Toward Corporatist Intermediation, London/Beverly Hills, S. 231-270.
- Quinn, D. P. und C. Inclan, 1997: The Origins of Financial Openness: A Study of Current and Capital Account Liberalization, in: American Journal of Political Science 41, S. 771-813.
- Royo, S., 2002: 'A New Century of Corporatism?'. Corporatism in Southern Europe - Spain and Portugal in Comparative Perspective. Westport, Conn./London.
- Royo, S., 2002: A New Century of Corporatism? Corporatism in Spain and Portugal, in: West European Politics 25, S. 77-104.
- Schroen, M., 2001: Interessenvermittlung in einem Kleinstaat, in: W. Reutter und P. Rütters (Hrsg.), Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa. Opladen, S. 240-262.
- Schroen, M., 2003: Das politische System Luxemburgs, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 3. Auflage, Opladen, S. 414-444.
- Schwartz, H., 2000: Internationalization and Two Liberal Welfare States. Australia and New Zealand, in: F. W. Scharpf und V. A. Schmidt (Hrsg.), Welfare and Work in the Open Economy. Volume II. Diverse Responses to Common Challenges, Oxford, S. 69-130.

Streeck, W. und A. Hassel, 2004: The Crumbling Pillars of Social Partnership. Germany, in: H. Kitschelt and W. Streeck (Hrsg.), Beyond the Stable State (Special Issue of West European Politics 26, London/Portland, S. 101-124.

Talos, E., 2005: Vom Vorzeige- zum Auslaufmodell? Österreichs Sozialpartnerschaft 1945 bis 2005, in: F. Karlhofer und E. Tálos (Hrsg.), Sozialpartnerschaft, Wien, S. 185-216.

Zervakis, P. A., 2004: Die politischen Systeme Zyperns, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Aufl., Opladen, S. 887-942.

BIOGRAPHISCHE ANMERKUNG

Klaus Armingeon ist Direktor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern und Ordinarius für vergleichende und europäische Politik.

Telefon: +41 31 631 85 31

E-Mail: Klaus.armingeon@ipw.unibe.ch

Anschrift: Universität Bern Unitobler, Institut für Politikwissenschaft,
Lerchenweg 36, 3000 Bern 9, Schweiz